

KOMMENTAR

Reinen Tisch

Der durch den Bawag-Skandal angerichtete Schaden für die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Österreich ist größer, als manche wahrhaben wollen. Ich hoffe, dass man jetzt im ÖGB reinen Tisch macht und dass die Gewerkschaft in Österreich wieder dort hinkommt, wofür sie gegründet wurde. Sie muss die Anliegen der Arbeiter vertreten und darf nicht mit Arbeitergeldern spekulieren. Derzeit muss man ja hinterfragen, ob der ÖGB mit der Unterstützung von Streiks deshalb so vorsichtig umgegangen ist, weil der Streikfonds und andere Gewerkschaftsgelder verpfändet waren.

Die kleinen Gewerkschafter sind nicht schuld an der jetzigen Krise und an den sich überstürzenden Ereignissen. Die Millionäre ganz oben tragen die alleinige Verantwortung. Zuerst wurde das Vermögen des ÖGB (und der Gewerkschaftsmitglieder) verpfändet, um die ÖGB-Bank BAWAG zu retten. Jetzt stößt man die BAWAG ab. Diese Vorgangsweise ist nicht in Ordnung.

Weil die gewerkschaftliche Vertretung der arbeitenden Menschen aber unbedingt notwendig ist, brauchen wir Veränderungen beim ÖGB, wir brauchen mehr Demokratie im Gewerkschaftsbund. In einer Zeit des Sozialabbaus und des Angriffs auf elementare Rechte der unselbstständig Beschäftigten sollten sich alle Kräfte der Arbeiterbewegung darauf besinnen, für wen sie eigentlich da sind.

Die Arbeiter brauchen gute Vertrauensleute und keine Manager, die Milliarden in der Karibik verspielen.

Peter Scherz, steirischer Arbeiterkammer-Rat des KPÖ-nahen GLB und Arbeiterbetriebsrat bei Magna Steyr Graz.



SPÖ- und ÖGB Zentrale in Graz: Man logiert neuerdings in einem Gebäude, das der BAWAG gehört.

ÖGB, BAWAG, HYPO
Skandale, wohin man schaut

Die Bawag-Manager setzen eine Milliarde Euro in den Sand. Die Hypo-Alpen-Adria-Bank schreibt 300 Millionen Euro Verlust. ARBÖ-Führung wirtschaftete in die eigene Tasche. Alles nahezu ohne Konsequenzen.

Sskandale, wohin man schaut: Im Fall BAWAG-ÖGB geht es um über eine Milliarde Euro, die bei riskanten Geschäften in der Karibik verloren ging. Bei der Hypo-Alpen-Adria hat man mehr als 300 Millionen Euro in den Sand gesetzt. Beim ARBÖ kracht es an allen Ecken und Enden. Und auch die hausgemachten, steirischen Skandale – Stichwort Herberstein oder Ökoprofit – sind noch nicht vergessen. SPÖ und ÖVP, Spitzenleute der Gewerkschaft und konservative Manager haben eines gemeinsam: Ihre Gier hat keine Grenzen. Und sie bleibt ohne Konsequenzen!

Der ÖGB und seine Bankgeschäfte bringen der Gewerkschaftsbewegung ein Glaubwürdigkeitsproblem erster Ordnung (siehe neben-

stehenden Kommentar des GLB-AK Rates Peter Scherz).

Der ähnlich gelagerte Fall bei der Hypo-Alpen-Adria Bank ist aber von den Eigentümern Land Kärnten (Eigentümerversprecher ist LH Jörg Haider) und Grazer Wechselseitige (fest in der Hand der konservativen Kräfte aus der Grünen Mark) zu verantworten.

Zustände wie im Casino

In der Welt des Finanzkapitals geht es zu wie im Casino. Man spielt Hasard – und zwar um Milliardenbeträge. Zahlen müssen aber meist nicht die Manager und die Spitzenpolitiker. Für die Kosten von Pleiten oder von riskanten Geschäften soll die Allgemeinheit aufkommen.

Das zeigt auch das Bei-

spiel BAWAG: Ex-Generaldirektor Elsner hat sich seine Millionenpension auszahlen lassen und kann ein süßes Leben im Luxus-Penthouse am BAWAG-Gebäude führen. Auch Fritz Verzetnitsch hat die Aussicht auf eine Pension von über 11.000 Euro monatlich.

Haarsträubende Privilegien werden als normal empfunden und sind rechtlich abgesichert. Gleichzeitig gibt es eine Belastung nach der anderen für die arbeitenden Menschen und für die Masse der Pensionisten.

Die Fälle BAWAG, ÖGB und ARBÖ sagen leider mehr über das Wesen der SPÖ-Führung aus als ihre scharfen Wahlkampfreden gegen den Neo-Liberalismus und gegen die unsoziale Politik der Regierung.